



Mitteilung

Berlin, den 7. November 2014

**Die 23. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 12. November 2014, 15:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31487
Fax: +49 30 227-30487

Achtung!
Abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**„Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in
der EU - Ausgrenzung und Teilhabe“**

Michael Brand, MdB
Vorsitzender



Übersicht der Sachverständigen für die öffentliche Anhörung
„Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU –
Ausgrenzung und Teilhabe“ am 12. November 2014

Frau Dr. Uda Bastians
Deutscher Städtetag

Herr Professor Dr. Herbert Brücker
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Frau Gordana Herold
Romane Romnja Initiative

Herr Herbert Heuss
Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Herr Romani Rose
Vorsitzender des Zentralrats
Deutscher Sinti und Roma



Fragenkatalog der öffentlichen Anhörung
„Lage der Sinti und Roma in Deutschland und in der EU –
Ausgrenzung und Teilhabe“ am 12. November 2014

I. Integration und Ausgrenzung

- 1) Welche Maßnahmen müssen die Herkunftsländer ergreifen, um den Roma auch in ihrer angestammten Heimat Zukunftsperspektiven zu geben? (CDU/CSU)
- 2) Integration gelingt in Interaktion zwischen der Gesellschaft des Aufnahmelandes und den Zuwanderern. Wie kann gesellschaftliche Teilhabe in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitsversorgung zuwandernder Roma von beiden erwähnten Seiten noch besser befördert werden? (CDU/CSU)
- 3) In Kommunen wie Duisburg, Dortmund und Berlin zeigen sich erhebliche Integrationsprobleme insbesondere mit Zuwanderern aus südosteuropäischen Ländern. Welche Probleme sind identifizierbar und worauf sind sie zurückzuführen? (CDU/CSU)
- 4) In welchen Bereichen sehen Sie seitens des Staates den größten Handlungsbedarf, um die Diskriminierung von Roma und Sinti abzuschaffen? (SPD)
- 5) Die jüngsten Studien der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und von Markus End belegen, wie stark antiziganistische Vorurteile in der Bevölkerung und den Medien verankert sind. In welcher Weise manifestiert sich Antiziganismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und welche Mittel halten Sie für geeignet, um sowohl Ausprägungen als auch Ursachen zu bekämpfen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- 6) Sinti und Roma sind die am stärksten diskriminierte Minderheit in Deutschland und Europa. Wie zeigt sich Diskriminierung von autochthonen Sinti und Roma und von zugewanderten Roma in Deutschland in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit und darüber hinaus und was muss auf Bundesebene getan werden, um dieser Diskriminierung entgegenzuwirken? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



II. Lage von Roma-Frauen

- 1) Welche aktuellen politischen nationalen und lokalen Notwendigkeiten sehen Sie, um insbesondere Roma-Frauen zu erreichen und zu unterstützen? (DIE LINKE.)
- 2) Was sind die besonderen Probleme von Roma-Frauen im Sinne einer Mehrfachdiskriminierung und wie wirkt sich diese im Speziellen auf die Wahrnehmung der Menschenrechte von Roma-Frauen im Alltag aus, z.B. beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und zu Arbeit? (DIE LINKE.)
- 3) Wie sehr werden Roma-Frauen und -Mädchen von patriarchalischen Traditionen eingeschränkt, und welche Möglichkeiten gibt es innerhalb und außerhalb der Roma-Gemeinschaft, diese aufzubrechen, damit Frauen ein selbstbestimmteres Leben führen können? (SPD)

III. Nationale Integrationsstrategien

- 1) Auf Ebene der Bundesländer gibt es unterschiedliche Ansätze und Strategien zur Verbesserung der Teilhabe von Sinti und Roma. Wie bewerten Sie die Vereinbarungen und Maßnahmen auf Landesebene hinsichtlich ihres Potentials die Lebensperspektiven der Sinti und Roma in Deutschland zu verbessern und was lässt sich daraus sowohl positiv als auch negativ für einen möglichen bundesweiten Aktionsplan lernen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- 2) Warum lehnen deutsche Roma-Vertreter die von der EU geforderte nationale Integrationsstrategie ab, und wie bewerten sie diese EU-Initiative für andere Länder? Sind die damit verbundenen Nationalen Kontaktstellen nicht eine sinnvolle Einrichtung? Inwiefern sind die „integrierten Maßnahmenpakete“ ein geeigneteres Instrument für Deutschland als eine nationale Strategie? (SPD)